



**2009/2243(INI)**

26.2.2010

## **ENTWURF EINES BERICHTS**

über die Verwirklichung der Synergien von für Forschung und Innovation in der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und im Siebten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung vorgesehenen Mitteln in Städten und Regionen sowie in den Mitgliedstaaten und der Union  
(2009/2243(INI))

Ausschuss für regionale Entwicklung

Berichterstatter: Lambert van Nistelrooij

Verfasser der Stellungnahme (\*):  
Jorgo Chatzimarkakis, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

(\*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

PR\_INI

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG .....	9

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### **zur Verwirklichung der Synergien von für Forschung und Innovation in der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und im Siebten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung vorgesehenen Mitteln in Städten und Regionen sowie in den Mitgliedstaaten und der Union (2009/2243(INI))**

*Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Titel XVII, XVIII und XIX,
- unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1083/ 2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds<sup>1</sup>,
- unter Hinweis auf die Entscheidung des Rates vom 6. Oktober 2006 über strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft (2006/702/EG)<sup>2</sup>,
- unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013)<sup>3</sup>,
- unter Hinweis auf den Beschluss Nr.1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013)<sup>4</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. Mai 2007 zu dem Beitrag der künftigen Regionalpolitik zur Innovationsfähigkeit der Europäischen Union<sup>5</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. Mai 2007 zu dem Thema „Kenntnisse in die Praxis umsetzen: Eine breit angelegte Innovationsstrategie für die EU“<sup>6</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. März 2009 zu dem Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt und zum Stand der Diskussion über die künftige Reform der Kohäsionspolitik<sup>7</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. März 2009 zu bewährten Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernissen bei der Inanspruchnahme der

---

<sup>1</sup> ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25–78.

<sup>2</sup> ABl. L 291 vom 21.10.2006, S. 11–32.

<sup>3</sup> ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1–43.

<sup>4</sup> ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15–40.

<sup>5</sup> Angenommene Texte, P6\_TA(2007)0184.

<sup>6</sup> Angenommene Texte, P6\_TA(2007)0212.

<sup>7</sup> Angenommene Texte, P6\_TA(2009)0163.

Strukturfonds<sup>8</sup>,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. März 2009 zur Umsetzung der Verordnung für die Strukturfonds 2007-2013: Ergebnisse der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und operationelle Programme<sup>9</sup>,
- unter Hinweis auf die vom Europäischen Parlament veröffentlichte Studie „Synergies between the EU 7th Research Framework Programme, the Competitiveness and Innovation Framework Programme and the Structural Funds“ (Synergien zwischen dem Siebten Forschungsrahmenprogramm, dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und den Strukturfonds),
- unter Hinweis auf die vom Europäischen Parlament veröffentlichte Studie „Moving towards a territorialisation of European R&D and Innovation policies“ (Auf dem Weg zu einer Territorialisierung europäischer Maßnahmen im Bereich FuE und Innovation),
- unter Hinweis auf die vom Europäischen Parlament veröffentlichte Studie „Structural Funds’ support for innovation – implementation challenges for 2007 - 2013 and beyond“ (Förderung der Innovation durch die Strukturfonds – Herausforderungen bei der Umsetzung im Zeitraum von 2007 - 2013 und darüber hinaus),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 16. August 2007 „Wettbewerbsfähige europäische Regionen durch Forschung und Innovation - Ein Beitrag zu mehr Wachstum sowie zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der Beschäftigungslage“ (KOM(2007)0474),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 11. Dezember 2007 zur Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung durch die Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik, 2007-2013 (KOM(2007)0798),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 14. Mai 2008 zu den Ergebnissen der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und Programme im Programmplanungszeitraum 2007-2013 (KOM(2008)0301),
- unter Hinweis auf den 20. Jahresbericht der Kommission vom 21. Dezember 2009 über die Durchführung der Strukturfonds (2008) (KOM(2009)0617 endg./2),
- unter Hinweis auf das Arbeitsdokument der Dienststellen der Kommission vom 14. November 2007 „Regions delivering innovation through cohesion policy“ (Verwirklichung der Innovation durch die Regionen im Rahmen der Kohäsionspolitik) (SEK(2007)1547),
- unter Hinweis auf das Arbeitsdokument der Kommission vom 24. November 2009 zur Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020 (KOM(2009)0647),
- unter Hinweis auf den fünften Zwischenbericht der Kommission vom 19. Juni 2008 über

---

<sup>8</sup> Angenommene Texte, P6\_TA(2009)0156.

<sup>9</sup> Angenommene Texte, P6\_TA(2009)0165.

den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – Wachsende Regionen, wachsendes Europa (KOM(2008)0371) (Fünfter Zwischenbericht);

- unter Hinweis auf den sechsten Zwischenbericht der Kommission vom 25. Juni 2009 über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – Kreative und innovative Regionen (KOM(2009)0295) (Sechster Zwischenbericht);
  - unter Hinweis auf den Vermerk des Ausschusses für wissenschaftliche und technische Forschung (Crest) vom 4. Dezember 2006 zum Bericht „Lessons for R&D policies on the basis of the national reform programmes and the 2006 Progress Reports“ (Lehren für die FuE-Politik auf Grundlage der nationalen Reformprogramme und der Zwischenberichte 2006) (CREST1211/06);
  - unter Hinweis auf den Leitfaden der Kommission „Wettbewerbsfähige europäische Regionen durch Forschung und Entwicklung – Praktischer Leitfaden für Fördermöglichkeiten der EU im Bereich Forschung und Innovation“;
  - unter Hinweis auf den Bericht des Europäischen Strategieforums für Forschungsinfrastrukturen „European Roadmap for Research Infrastructures Report 2006“ (Bericht 2006 über den Europäischen Fahrplan für Forschungsinfrastrukturen);
  - unter Hinweis auf den im Auftrag der Kommission erstellten unabhängigen Bericht „An Agenda for a Reformed Cohesion Policy“ (Eine Agenda für eine reformierte Kohäsionspolitik) (Bericht Fabrizio Barca) (2009);
  - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
  - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für regionale Entwicklung und die Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A7-0000/2010),
- A. in der Erwägung, dass die erneuerte Lissabon-Strategie der Forschung und Innovation hohe Priorität einräumt, um auf Herausforderungen wie den Klimawandel und den wachsenden globalen Wettbewerb zu reagieren; in der Erwägung, dass in der Zeit nach der Krise die Neubelebung von Wachstum und Beschäftigung durch Forschung und Innovation immer wichtiger wird und dies ein Kernziel der vorgeschlagenen EU-Strategie für 2020 darstellt,
- B. in der Erwägung, dass die europäische Förderung für Forschung und Innovation überwiegend durch die Forschungs-, Innovations- und Kohäsionspolitik erfolgt, deren Hauptinstrumente die Strukturfonds, das Siebte Forschungsrahmenprogramm (RP7) und das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) bilden,
- C. in der Erwägung, dass die Kohäsionspolitik eine wesentliche Säule im Prozess der europäischen Integration und eine der erfolgreichsten EU-Politiken ist, die die Konvergenz zwischen sich immer stärker unterscheidenden Regionen erleichtert und Wachstum und Beschäftigung neu belebt,
- D. in der Erwägung, dass die zweite strategische Kohäsionsleitlinie der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013 auf die Förderung von Wissen und Innovation für Wachstum Bezug

nimmt und dementsprechend 25 % der Gesamtausstattung in den Haushalt eingestellt wurden,

- E. in der Erwägung, dass die Komplexität der heutigen Herausforderungen einen integrierten Mix aus diesen Politikbereichen verlangt; dass die Synergie zwischen den Instrumenten von ausschlaggebender Bedeutung ist, damit sie sich gegenseitig verstärken, die nachhaltige Durchführung von Forschungs- und Innovationsprojekten unterstützen und eine bessere Verwertung von Forschungsergebnissen in Form von konkreten Produktideen in den Regionen bewirken;
- F. in der Erwägung, dass sich zwar einige Bestandteile der Architektur dieser Instrumente, so z. B. die Übereinstimmung mit dem Zeitrahmen und der Ausrichtung der Lissabon-Agenda, für Synergien eignen, dass jedoch nach wie vor Unterschiede bestehen, so etwa unterschiedliche Rechtsgrundlagen, ein thematischer im Gegensatz zu einem territorialen Schwerpunkt sowie geteilte im Gegensatz zu zentraler Verwaltung,

### **Kohäsionspolitik zur Umsetzung der Forschungs- und Innovationsziele**

- 1. erkennt an, dass alle Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2007-2013 einen erheblichen Anteil ihrer Gesamtmittelausstattung für FuE, Innovation und die Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft verwendeten und dadurch 246 nationale oder regionale operationelle Programme zustande kamen, in deren Rahmen rund 86 Milliarden EUR für Forschung und Innovation bereitgestellt wurden;
- 2. erwartet den in Artikel 30 Absatz 2 der allgemeinen Verordnung angekündigten Strategiebericht der Kommission; ist der Auffassung, dass der Bericht eine umfassende Übersicht über die Leistungen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Ziele für den Zeitraum 2007 - 2009 geben und die Grundlage für eine Erörterung der Zukunftsaussichten der Kohäsionspolitik bilden wird;
- 3. bekräftigt die Notwendigkeit eines integrierten Mehrebenen-Governance-Ansatzes für bestimmte Politiken in der EU; betont, dass ein funktionales Mehrebenen-Governance-System Voraussetzung für die Festlegung und wirksame Umsetzung von Zweckbindungszielen ist;

### **Synergien zwischen Strukturfonds, RP7 und CIP**

- 4. erkennt an, dass die Kohäsionspolitik dank der Zweckbindungsbestimmungen für 2007-2013 besser darauf eingestellt ist, Synergien mit der Forschungs- und der Innovationspolitik zu schaffen, und dass gleichzeitig die territoriale Dimension im RP7 und CIP zunehmend an Bedeutung gewinnt; fordert, einen strafferen Zweckbindungsmechanismus mit einem stärkeren thematischen Schwerpunkt in Betracht zu ziehen, der geeignete politische Maßnahmen als Antwort auf die neuen Herausforderungen zulässt;
- 5. bedauert, dass die vorhandenen Gelegenheiten für Synergien bei der Finanzierung noch immer wenig bekannt sind; fordert die Regionen und Mitgliedstaaten zu verstärkten Anstrengungen zur Verbesserung der Kommunikation auf;

6. nimmt zur Kenntnis, dass Möglichkeiten für eine kombinierte Finanzierung bestehen, betont jedoch, dass eine Mischfinanzierung zwischen den Strukturfonds und den Rahmenprogrammen nicht zulässig ist; betont, dass die Instrumente so kombiniert werden können, dass sie entweder für einander ergänzende, aber getrennte Aktivitäten wie im Fall der Forschungsinfrastruktur oder für aufeinanderfolgende Teile zusammenhängender Projekte wie etwa Entwicklung und Weiterverfolgung einer neuen Forschungsidee sowie für Projekte innerhalb desselben Netzes oder Clusters eingesetzt werden;
7. betont, dass die Synergie über eine ergänzende Projektfinanzierung hinausgeht; ist der Auffassung, dass Kapazitätsaufbau, Networking und Wissenstransfer eine wichtige Form von Synergie darstellen, und nimmt zur Kenntnis, dass alle Instrumente Möglichkeiten für einen derartigen Austausch bieten;
8. betont die Notwendigkeit, erfolgreiche Modelle beim Wissensdreieck, bei den Beziehungen zwischen Unternehmen, Forschungszentren, Universitäten und Behörden zu fördern und anzuwenden; hebt das Potenzial regionaler Cluster zur Mobilisierung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit hervor und begrüßt die Einbeziehung der Clusterentwicklung sowohl in das CIP als auch in das RP7 (Initiative Wissensregionen im RP7); nimmt zur Kenntnis, dass der Wissensaustausch in regionalen Clustern auch durch die Strukturfonds erleichtert werden kann;
9. hebt die Bedeutung hervor, die der Analyse, der gemeinsamen Nutzung und der Einbindung der bewährten Methoden auf dem Gebiet der Synergien zwischen den Politikinstrumenten zukommt; begrüßt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Kommission zur Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit;
10. nimmt den Praktischen Leitfaden für Fördermöglichkeiten der EU im Bereich Forschung und Innovation mit Genugtuung zur Kenntnis; empfiehlt, derartige Leitlinien in Zukunft unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Rechtsrahmens bereitzustellen; erwartet das Arbeitsdokument der Dienststellen der Kommission mit praktischen Synergiebeispielen;
11. bestärkt die Kommission darin, ihre Aktivitäten zur Förderung der Synergie fortzusetzen und das Europäische Parlament über deren weitere Entwicklung auf dem Laufenden zu halten, insbesondere über den Stand der vertikalen Zusammenarbeit zwischen der EU und den nationalen und regionalen Gebietskörperschaften;

### **Empfehlungen im Hinblick auf den nächsten Programmplanungszeitraum**

12. begrüßt, dass im Entwurf der EU-Strategie für 2020 großes Gewicht auf die Wechselbeziehung zwischen Politiken, die Bedeutung der Politikvernetzung und die Notwendigkeit besserer Synergien sowie einer stärkeren Partnerschaft bei der Gestaltung und Verwirklichung öffentlicher Politiken gelegt wird; fordert, die von den Regionen angesprochene Notwendigkeit eines umfassenderen Rahmens in den drei Politikbereichen zu berücksichtigen;
13. ist der Auffassung, dass eine starke und finanziell gut ausgestattete Regionalpolitik der EU Voraussetzung dafür ist, die Ziele der EU-Strategie für 2020 sowie den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu erreichen;

14. weist darauf hin, dass der territoriale Zusammenhalt horizontalen Charakter trägt und die Unionspolitiken deshalb zu seinem Zustandekommen beitragen müssen; bekräftigt, dass sich dieses Konzept nicht auf die Auswirkungen der Regionalpolitik beschränkt, sondern auch die Koordinierung mit anderen Unionspolitiken betrifft;
15. hebt die Notwendigkeit standortspezifischer Strategien hervor und ist der Auffassung, dass die Regionen eine Spezialisierung auf intelligente und grüne Lösungen anstreben und dazu einige Innovationsprioritäten auf der Grundlage der EU-Ziele und ihrer Bedürfnisse festlegen sowie die zweckgebundenen EU-Mittel auf diese festgelegten Prioritäten konzentrieren sollten;
16. weist darauf hin, dass die transnationale Zusammenarbeit das Wesen des RP7 und des CIP ausmacht und dass die territoriale Zusammenarbeit (durch transnationale, interregionale und grenzübergreifende Programme) bei den Strukturfonds durchgängig berücksichtigt wird; fordert die Kommission auf, dem Ziel der europäischen territorialen Zusammenarbeit künftig noch mehr Gewicht zu verleihen;
17. erkennt an, dass sowohl die geteilte als auch die zentrale Verwaltung besondere Regeln erfordern, betont jedoch die Notwendigkeit der Harmonisierung der Vorschriften für verschiedene Instrumente; fordert die Kommission auf, diesbezügliche Möglichkeiten unbeschadet der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der geteilten Verwaltung zu sondieren;
18. bekräftigt seine Aufforderung an die Kommission, spezifische Evaluierungskriterien für die Bewertung innovativer Projekte zu entwickeln und die Einbringung künftiger Regelungsanreize für die Durchführung von Innovationsmaßnahmen zu erwägen;
19. betont die Bedeutung einer verbesserten Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen und Programmen, die eine verstärkte Synergie innerhalb der Kette „Forschungs- und Entwicklungsinfrastrukturen – Innovation - Schaffung von Arbeitsplätzen“ bewirkt;
  - 
  - ◦
20. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.



## **BEGRÜNDUNG**

### **Hintergrund**

Jeder Parlamentsausschuss kann einen Umsetzungsbericht ausarbeiten, d. h. einen Bericht über die Umsetzung von EU-Rechtsakten in einzelstaatliches Recht und ihre Anwendung und Durchsetzung in den Mitgliedstaaten.

Im Fall der Kohäsionspolitik besteht der Rechtsrahmen aus unmittelbar anwendbaren Verordnungen, deren Durchführungsmaßnahmen in einer Verordnung der Kommission und in Entscheidungen der Kommission festgelegt werden, die nicht in das Parlament eingebracht werden.

Der Ausschuss für regionale Entwicklung gelangte zu der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der sich anbahnenden Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik in einem Umsetzungsbericht analysiert werden sollte, ob die Rechtsvorschriften von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß angewendet werden.

### **Geltungsbereich des Berichts**

Der Initiativbericht verfolgt ein doppeltes Ziel: Zunächst wird untersucht, wie der indikative Rahmen der strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013, insbesondere die Leitlinie 1.2 zur Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum, von den Mitgliedstaaten und Regionen in ihren nationalen strategischen Rahmenplänen (NSRP) und operationellen Programmen eingehalten wurde. Als Zweites werden in dem Bericht die Synergien zwischen Kohäsion, Forschungs- und Innovationspolitik sowie ihren Instrumenten (Strukturfonds, Siebtes FTD-Rahmenprogramm und Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation) untersucht.

Es ist zu beachten, dass der Geltungsbereich des Berichts begrenzt ist, weil er Anfang 2010 vor der Veröffentlichung des Strategieberichts der Kommission erstellt wurde.

### **Impulse**

Die Finanzierungssysteme auf EU-, nationaler und regionaler Ebene bleiben zuweilen unkoordiniert. Es ist jedoch festzustellen, dass sowohl die EU-Kohäsionspolitik als auch die FuE- und Innovationspolitik derselben Sache dienen: die großen Herausforderungen der Europäischen Union anzugehen und ein EU-Modell aufrechtzuerhalten, das auf Wirtschaftswachstum, sozialer Verantwortung und nachhaltiger Entwicklung beruht. Die Förderung des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung hängt in zunehmendem Maße von der Innovationsfähigkeit der regionalen Volkswirtschaften ab, und im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise gewann dieser Aspekt sogar noch an Bedeutung, was auch durch die Rolle bestätigt wurde, die der Kohäsionspolitik im Europäischen Konjunkturprogramm eingeräumt wurde. Es steht fest, dass auf europäischer Ebene dringend politische Maßnahmen zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation vonnöten sind, die die Umstrukturierung und Investitionstätigkeit beschleunigen

und neue Geschäftschancen eröffnen.

Darüber hinaus muss das Parlament seinen Standpunkt in der Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik darlegen. Es muss die eventuellen Verbesserungen auf der Grundlage einer Evaluierung erörtern.

### **Kohäsionspolitik zur Umsetzung der Forschungs- und Innovationsziele**

Schon seit Beginn des laufenden Programmplanungszeitraums wird in der Kohäsionspolitik das Augenmerk auf drei Prioritäten gerichtet, zu denen auch die Förderung der Innovation, der unternehmerischen Initiative und des Wachstums der Wissenswirtschaft durch Forschungs- und Innovationskapazitäten einschließlich neuer Informations- und Kommunikationstechnologien gehört.

FuE und Innovation können dazu beitragen, dass die Europäische Union ihre Wachstumsziele erreicht. Deshalb zielt die Kohäsionspolitik auch auf Investitionen ab, die die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken, wie z. B. in den Bereichen unternehmerische Initiative, Zugang zu Finanzmitteln für die KMU, Humankapital, IKT, grüne Technologie und Energieeffizienz. Dementsprechend verdreifachte sich zwischen 2007 und 2013 gegenüber dem vorangegangenen Programmplanungszeitraum die Finanzausstattung der EU-Kohäsionspolitik für FuE und Innovation, und es wurden für diese Ausgabenkategorien über 85 Milliarden EUR (fast 25 % des Gesamtbetrags) an zweckgebundenen Mitteln bereitgestellt, darunter auch für das Mainstreaming innovativer Aktionen und das Experimentieren. Dieser Gesamtbetrag teilte sich wie folgt auf:

- 50,5 Mrd. EUR für **FuE und Innovation im eigentlichen Sinne**,
- 8,3 Mrd. EUR für **unternehmerische Initiative**,
- 13,2 Mrd. EUR für innovative **Informations- und Kommunikationstechnologien** zur Förderung der Nachfrageseite der IKT,
- 14,5 Mrd. EUR für **Humankapital**.

Eine wirksame Analyse des Durchführungsprozesses der 246 nationalen bzw. regionalen operationellen Programme, bei denen die Innovation einen wesentlichen Bestandteil bildet, ist im Grunde erst dann möglich, wenn die Europäische Kommission (höchstwahrscheinlich im April 2010) den Strategiebericht zur Förderung einer EU-weiten Debatte über die Kohäsion veröffentlicht.

Dieser in Artikel 30 der Allgemeinen Verordnung vorgeschriebene Strategiebericht, der auf den Strategieberichten aller 27 Mitgliedstaaten beruht, wird einen ersten Überblick über die Fortschritte der Länder und Regionen bei der Erfüllung vereinbarter Ziele für den Zeitraum 2007 – 2009 einschließlich der hochrangigen EU-Ziele sowie über die Folgen der anhaltenden Krise für die Durchführung der kohäsionspolitischen Programme geben und einen konkreten Rahmen für die Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik liefern. Der Bericht wird auch Beispiele für bewährte Methoden in den Mitgliedstaaten enthalten.

## Synergien zwischen Strukturfonds, RP7 und CIP

Die Komplexität der Herausforderungen, denen sich die EU heute gegenüber sieht, verlangt einen integrierten Politikinstrumente-Mix, um die Auswirkungen der einzelnen Politikinstrumente zu verstärken und die Effektivität der Verwendung der verfügbaren Mittel zu erhöhen. In den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft wird darauf hingewiesen, dass der Synergie zwischen der Kohäsionspolitik und den Rahmenprogrammen eine wesentliche Bedeutung zukommt und dass die Kohäsionspolitik in diesem Zusammenhang zwei Aufgaben zu erfüllen hat: die Umsetzung der regionalen Innovationsstrategien und Aktionspläne zu erleichtern sowie einen Beitrag zum Aufbau von Innovations- und Forschungskapazitäten in den Regionen zu leisten.

Eine allgemeine Schlussfolgerung aus der Analyse der aktuellen Architektur der Instrumente der Kohäsions-, Forschungs- und Innovationspolitik lautet, dass sich einige Elemente, so z. B. die Übereinstimmung mit dem Zeitrahmen und der Ausrichtung der Lissabon-Agenda, für Synergien eignen. Es bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Unterschiede wie etwa unterschiedliche Rechtsgrundlagen und die Beteiligung unterschiedlicher Verwaltungsebenen und –behörden am Durchführungsprozess. Diese Unterschiede erschweren es den Begünstigten, sich ausreichend über die verschiedenen Fördermöglichkeiten zu informieren. In diesem Zusammenhang müsste dafür gesorgt werden, dass die an der Verwaltung von RP7, CIP und Strukturfonds beteiligten Stellen über die Möglichkeiten im Bilde sind, die von dem jeweiligen Instrument geboten werden.

Auch wenn die Synergien zwischen den Politikbereichen über eine komplementäre Projektfinanzierung hinausgehen, ist es doch wichtig, die Möglichkeiten zur Kombination der vorhandenen Instrumente zu verstehen. In dieser Hinsicht begrüßt der Berichtersteller die Erstellung des Praktischen Leitfadens für Fördermöglichkeiten der EU im Bereich Forschung und Innovation. In diesem Leitfaden sind einige interessante Beispiele für die Kombination verschiedener Instrumente zu finden.

Gemäß Artikel 54 Absatz 5 der Allgemeinen Verordnung schließt eine Ausgabe, die im Rahmen der Fonds kofinanziert wurde, eine weitere Kofinanzierung aus einem anderen gemeinschaftlichen Instrument aus; eine Mischfinanzierung ist somit verboten. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Instrumente zur Förderung von einander ergänzenden, aber getrennten Aktivitäten (z. B. Entwicklung umfangreicher Forschungsinfrastrukturen, wobei das RP7 die Vorbereitungsphase abdeckt und die Bauarbeiten durch die Strukturfonds gefördert werden), aufeinanderfolgenden Teilen zusammenhängender Projekte (z. B. verschiedene Phasen der Entwicklung einer Technologie im Laufe der Zeit: Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Demonstration oder Markteinführung im Vorwettbewerbsstadium) oder von Projekten innerhalb desselben Netzes/Clusters zu kombinieren.

Schließlich ist festzustellen, dass alle Ebenen – regionale, nationale wie auch EU – neben der Ausarbeitung von Leitlinien ihre Bemühungen zur Verbesserung der Kommunikation intensivieren und koordinieren und bewährte Methoden sowohl innerhalb der betreffenden Einrichtungen (Ministerien, Generaldirektionen) als auch gegenüber potenziellen Begünstigten verbreiten müssen.

## Überlegungen und erste Empfehlungen des Berichterstatters

Der Schwerpunkt der Empfehlungen des Berichterstatters liegt einerseits auf strategischen Zielen, andererseits auf konkreten Zielen und Maßnahmen im Hinblick darauf, die Synergie zwischen der Kohäsions-, der Forschungs- und der Innovationspolitik zu erhöhen.

Bei der bevorstehenden Überprüfung des Finanzrahmens und der sich anbahnenden Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik trat die besondere Bedeutung des von der Kommission vorgelegten Entwurfs einer EU-Strategie für 2020 zutage. Es wurde keine eingehende Analyse der vorgeschlagenen EU-Strategie für 2020 vorgenommen; der Berichterstatter beschränkte sich lediglich auf Bemerkungen zu Aspekten, die für den Geltungsbereich des vorliegenden Umsetzungsberichts relevant sind. Positiv eingeschätzt wird die Tatsache, dass in dem Entwurf die Verflechtung zwischen den Politikbereichen und die Notwendigkeit besserer Synergien und einer stärkeren Partnerschaft bei der Gestaltung und Umsetzung öffentlicher Politiken hervorgehoben werden. Wichtig ist der Hinweis, dass die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der politischen Maßnahmen vor Ort auch von zahlreichen Regionen und regionalen Akteuren in Europa klar hervorgehoben wurde.

Nach Auffassung des Berichterstatters leistete und leistet die Regionalpolitik einen bedeutenden Beitrag zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen für die EU: Verringerung der strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, Ausgleich der Folgen der Weltwirtschaftskrise, Begrenzung der Auswirkungen des demografischen Wandels und des Klimawandels. Deshalb wird eine entschiedene, finanziell gut abgesicherte Politik als Voraussetzung für die Verwirklichung der EU-2020-Ziele und für die Förderung der Ziele des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts angesehen.

Ohne eine Definition vorschlagen oder im Rahmen dieses Berichts eine Diskussion über das Konzept des territorialen Zusammenhalts auslösen zu wollen, hebt der Berichterstatter hervor, dass der Bericht auch die Koordinierung von Politiken mit erheblichen territorialen Auswirkungen zum Ziel hat, um das regionale Potenzial voll auszuschöpfen und die Auswirkungen vor Ort zu steigern. Daher sollte das Potenzial von „Konzentration, Kooperation, Konnexion“ – als Eckpfeiler des territorialen Zusammenhalts - bei den Bemühungen um eine ausgewogenere, nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union berücksichtigt und genutzt werden.

In Bezug auf konkretere Maßnahmen und Aktionen auch im Zusammenhang mit der Vereinfachung des Rechtsrahmens wird vorgeschlagen, dass die Kommission Wege zur Harmonisierung der Vorschriften für die verschiedenen Instrumente erkunden sollte. Eine entsprechende Aussage findet sich in dem Orientierungspapier des scheidenden Kommissars Pawel Samecki zur Harmonisierung der Förderregeln sowie der Bestimmungen zur Mehrwertsteuer und zum Landerwerb.

In seiner Entschließung zu bewährten Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernissen bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds forderte das Europäische Parlament bereits die Erarbeitung spezifischer Bewertungsmaßstäbe für die Bewertung innovativer Projekte wegen des mit diesen Aktionen verbundenen höheren Risikos und der dementsprechend höheren Misserfolgsquote. Weitere Regulierungsanreize könnten mit dem

Ziel, Forschung und Innovation zu fördern, in den künftigen Rechtsrahmen der Kohäsionspolitik aufgenommen werden. Der Berichterstatter hegt die Erwartung, dass die Kommission diesbezügliche Vorschläge vorlegt.

Schließlich schlägt der Berichterstatter unter ausdrücklichem Hinweis darauf, dass die transnationale Zusammenarbeit beim RP7 und beim CIP die „Norm“ ist und die transnationale, internationale und grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Kohäsionspolitik durchgängig berücksichtigt wird, vor, in Zukunft eine höhere Gewichtung des Ziels der europäischen territorialen Zusammenarbeit unter besonderer Beachtung der Innovation und forschungsbezogener Aktionen in Betracht zu ziehen. Derzeit stehen für dieses Ziel nur begrenzte Finanzmittel zur Verfügung, so dass nur „weiche“ Interventionen finanziert werden können. Dennoch sollen die neuen Initiativen wie „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ dazu beitragen, die rasche Verbreitung innovativer Ideen in die regionalpolitischen Programme zu ermöglichen und zu erproben.